

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Donnerstag, dem 3. Oktober 1985

am Freitag, dem 4. Oktober 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bindig (SPD)	16, 17	Pauli (SPD)	74, 75
Catenhusen (SPD)	39	Rapp (Göppingen) (SPD)	85
Clemens (CDU/CSU)	76, 77	Reimann (SPD)	42, 43
Frau Dann (DIE GRÜNEN)	63, 64	Schäfer (Offenburg) (SPD)	78, 79
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	44, 45	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	40, 41
Duve (SPD)	72, 73	Schemken (CDU/CSU)	91, 92
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	32, 33	Schily (DIE GRÜNEN)	4, 5
Eigen (CDU/CSU)	102, 103	von Schmude (CDU/CSU)	65, 84
Gansel (SPD)	95, 96	Schulte (Menden) (DIE GRÜNEN)	53, 54
Gerstl (Passau) (SPD)	36, 37	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	58
Gilges (SPD)	1, 2	Frau Dr. Segall (FDP)	71, 86
Grünbeck (FDP)	28	Senfft (DIE GRÜNEN)	51, 52
Grunenberg (SPD)	34, 35	Sielaff (SPD)	61, 62
Dr. Hauchler (SPD)	8, 9	Frau Simonis (SPD)	93, 94
Herterich (SPD)	14, 15	Dr. Sperling (SPD)	66, 67
Hinsken (CDU/CSU)	100, 101	Stahl (Kempen) (SPD)	24, 25
Dr. Hupka (CDU/CSU)	20, 21	Frau Steinhauer (SPD)	89, 90
Kastning (SPD)	70	Stiegler (SPD)	99, 104
Dr. Kübler (SPD)	22, 23	Ströbele (DIE GRÜNEN)	46, 47
Kuhlwein (SPD)	68	Tatge (DIE GRÜNEN)	29
Lange (DIE GRÜNEN)	31, 50	Toetemeyer (SPD)	12, 13
Frau Dr. Lepsius (SPD)	55	Urbaniak (SPD)	87, 88
Löffler (SPD)	30	Verheugen (SPD)	10, 11
Lutz (SPD)	26, 27	Vogel (München) (DIE GRÜNEN)	97, 98
Frau Matthäus-Maier (SPD)	82, 83	Waltemathe (SPD)	80, 81
Neumann (Bramsche) (SPD)	6, 7	Werner (Westerland) (DIE GRÜNEN)	48, 49
Frau Odendahl (SPD)	69	Würtz (SPD)	3, 38
Oostergetelo (SPD)	18, 19	Zeitler (SPD)	56, 57
Paterna (SPD)	59, 60		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Gilges
(SPD)

Kann die Bundesregierung die Mitteilung des Verbandes „Anwalt des Kindes“ (VAK) bestätigen, wonach im Jahre 1983 nur jede fünfte Jugendliche einen Verteidiger hatte, sowie in einem Verfahren vor den Jugendschöffengerichten nur jede zweite Jugendliche einen Rechtsbeistand hatte, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Situation?
2. Abgeordneter
Gilges
(SPD)

Sieht die Bundesregierung durch eine bewußte Nutzung der §§ 45, 47 Jugendgerichtsgesetz die Möglichkeit, für eine frühe, informelle und somit jugendgemäße Erledigung von Verfahren zu sorgen, und wenn ja, wie kann dieser Auffassung breiter Raum geboten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

3. Abgeordneter
Würtz
(SPD)

An welchen prozentualen deutschen Anteil denkt die Bundesregierung beim Hermes-Projekt, und ist eine gleich hohe Beteiligung von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

4. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)

Ist von einem Mitglied oder Mitarbeiter der Bundesregierung, möglicherweise von Bundeskanzler Kohl selbst, erklärt worden, er, Bundeskanzler Kohl, stehe nach wie vor zu dem Maßnahmenkatalog der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Pretoria, oder hat Bundeskanzler Kohl in einem Telefongespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß am 17. September 1985 geäußert, daß er keine wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegenüber Südafrika billigt?
5. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)

Trifft die Darstellung der CSU-Landesleitung (Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 18. September 1985) zu, daß die Behauptung, Bundeskanzler Kohl stehe nach wie vor zu dem Maßnahmenkatalog der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Pretoria, „frei erfunden und erlogen“ sei?
6. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)

Ist der Bundeskanzler während der Luxemburger Ministertagung vom 10. September 1985 über den Fortgang der Verhandlungen informiert worden, und hat er darauf Einfluß genommen?

7. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Teilt der Bundeskanzler die Feststellung, die Bundesminister Dr. Warnke im Namen mehrerer Kabinettsmitglieder auf der Kabinettsitzung vom 18. September 1985 zu Protokoll gegeben hat, daß auf der Kabinettsitzung vom 11. September 1985 kein Beschluß zur Beteiligung der Bundesregierung an den EG-Maßnahmen zu Südafrika gefaßt worden ist?
8. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)
- Teilt der Bundeskanzler die Feststellung des Bundesministers des Auswärtigen, die dieser auf der Kabinettsitzung vom 18. September 1985 zu Protokoll gegeben hat, daß der Bericht des Bundesministers des Auswärtigen vom 11. September 1985 im Kabinett widerspruchsfrei zur Kenntnis genommen und damit einschließlich der operativen Konsequenzen – Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika – akzeptiert wurde?
9. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)
- Wie beurteilt der Bundeskanzler die Tatsache, daß die CSU-Bundesminister erst am Montag, dem 16. September 1985, nach einem Zusammentreffen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß erkannt haben, daß im Bundeskabinett am 11. September 1985 kein Beschluß zur Beteiligung der Bundesregierung an den EG-Maßnahmen zu Südafrika gefaßt worden ist?
10. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Unterstützt der Bundeskanzler die im Rahmen der Europäischen Zusammenarbeit (EPZ) von den Außenministern der EG am 10. September 1985 in Luxemburg beschlossenen Maßnahmen gegenüber Südafrika, oder sind die unter Berufung auf die CSU-Landesleitung veröffentlichten Berichte zutreffend, die Behauptung, der Bundeskanzler stehe zum Katalog der EG, sei „frei erfunden und erlogen“?
11. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundeskanzler gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für alle Bewohner Südafrikas für „undurchführbar und unverantwortlich“ erklärt hat, wie unter Berufung auf die CSU-Landesleitung am 18. September 1985 von der „Süddeutschen Zeitung“ berichtet wurde?
12. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Hat der Bundeskanzler im Kabinett einen Beschluß herbeigeführt, der die Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika vorsieht?
13. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Kann der Bundeskanzler bestätigen, daß das gesamte Bundeskabinett die inzwischen ausgesprochene Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika trägt?

14. Abgeordneter
Herterich
(SPD) Hat der Bundeskanzler die Frage geprüft, ob die Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika rechtswirksam ist, wenn kein formeller Beschluß des Kabinetts dazu vorliegt?
15. Abgeordneter
Herterich
(SPD) War die Feststellung des Regierungssprechers Ost nach der Kabinettsitzung vom 11. September 1985, daß kein Beschluß zur Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika gefaßt worden sei, weil dem Kabinett keine Tischvorlage vorgelegen habe, mit dem Bundeskanzler abgesprochen?
16. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Treffen Berichte zu, daß Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Strauß auf ihrem Treffen am 10. September 1985 eine völlige Übereinstimmung erzielt haben, daß keinerlei wirtschaftliche Sanktionen oder Boykottmaßnahmen von deutscher Seite gegenüber Südafrika zu verhängen seien?
17. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Treffen Berichte zu, daß Bundeskanzler Kohl keine Bedenken gegen die EG-Maßnahmen zu Südafrika hat, weil nach seiner Meinung die dort vereinbarten Maßnahmen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik Deutschland nicht berühren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

18. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, daß äthiopische Truppen Mitte dieses Monats militärische Aktionen auf dem Gebiet der Republik Somalia durchgeführt haben, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorfall?
19. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Kann die Bundesregierung gemäß ihrem Informationsstand bestätigen, daß durch Bombardierung von Städten und Dörfern in der Hauptsache die Zivilbevölkerung Opfer der Luftangriffe gewesen ist, und hat die Bundesregierung bejahendenfalls eine dieses Faktum berücksichtigende Beurteilung des Vorfalls den Regierungen beider Staaten zur Kenntnis gebracht, um darauf hinzuwirken, daß eine Wiederholung vermieden wird?
20. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie erklärt die Bundesregierung den Ausdruck „Deutschstämmige“, wenn sie sich dessen in der Antwort auf eine schriftliche Frage bedient?
21. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Rechtsfragen, die bei Abschluß der Ostverträge „bestehen blieben“?

22. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Enthüllungen der Zeitschrift „New Statesman“, wonach zwischen London und Washington ein Geheimvertrag existieren soll, der den US-Streitkräften im Spannungsfall u. a. gewisse Hoheitsrechte einräumt, und ist der Bundesregierung bekannt, ob dieser Geheimvertrag tatsächlich existiert?
23. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Besteht zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA ein vergleichbares Abkommen, oder zielt die Bundesregierung darauf ab, durch Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung einen solchen Vertrag abzuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

24. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Regelungen nach dem neuen Arbeitsförderungsgesetz (AFG), wonach ein Arbeitsloser, der bei der Entstehung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld das 49. Lebensjahr vollendet hat, keinen Anspruch auf eine von 12 auf 18 Monate verlängerte Arbeitslosengeld-Höchstbezugsdauer geltend machen kann, wenn er innerhalb der für die verlängerte Höchstbezugsdauer als Voraussetzung geforderten sechs beitragspflichtigen Beschäftigungsjahre innerhalb der letzten sieben Jahre vor Antragstellung nur über minimale Zeiten – zum Teil nur für Tage oder wenige Wochen – Arbeitslosengeld bezogen hat, auch wenn er vorher 35 Jahre hindurch ununterbrochen gearbeitet und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat?
25. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls wann, das Arbeitsförderungsgesetz bezüglich dieser Regelung zu ändern, und wenn ja, welche Änderungskonzepte werden von der Bundesregierung in Erwägung gezogen?
26. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit bestätigen, daß für 1986 ein Defizit von 2,3 Milliarden DM zu erwarten ist, und hält die Bundesregierung weiter an dem Plan fest, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu senken?
27. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Sind die mit den Tarifparteien am 5. September 1985 besprochenen Maßnahmen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit angesichts dieser Entwicklung aus den sogenannten Überschüssen finanzierbar, und ist die Bundesregierung bereit, für die notwendigen arbeitsfördernden Maßnahmen die erforderlichen Mittel bereitzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

28. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß die Zahl der Anträge von Offizieren auf Frühpensionierung sehr groß ist und die im Gesetz geregelten Höchstzahlen weit überschreitet, und nach welchen Kriterien soll die Auswahl erfolgen?
29. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, definitiv auszuschließen, daß im Jahre 1985 Transportbewegungen von Pershing II-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden, und bestätigt die Bundesregierung damit Ausführungen, die sie für das erste Halbjahr 1985 in dieser Hinsicht getan hat?
30. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Hat beim Internationalen Panzerwettschießen (CAT '85) der Leopard II die hohen Erwartungen erfüllt, die bei der Beschaffung dieses Systems bestanden und dargelegt wurden, insbesondere im Hinblick auf die neuartige Kanone?
31. Abgeordneter
Lange
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen oder widerlegen, daß Einheiten der Bundeswehr und/oder der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Manövers „Autumn Forge '85“ den Einsatz von binärer chemischer Munition geübt haben oder dies noch beabsichtigt ist?
32. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Besteht ein Zusammenhang zwischen dem Urlaubsaufenthalt zweier Hauptleute der Bundeswehr bei der südafrikanischen Armee im Norden Namibias und der Einladung an südafrikanische Soldaten zu einem Umtrunk auf dem Gelände des Bundesministeriums der Verteidigung (vgl. General Anzeiger, 17. September 1985)?
33. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Symbolisiert diese Einladung an südafrikanische Soldaten durch Soldaten der Bundeswehr zu einem Fest auf dem Gelände des Bundesministeriums der Verteidigung den von der Bundesregierung vertretenen kritischen Dialog mit den in Südafrika herrschenden Weißen?
34. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Ist – nachdem festgestellt wurde, daß die Besatzungen der am Flugzeugabsturz am 31. Januar 1985 in Bremerhaven beteiligten Maschinen nach einer Feier am Abend zuvor nicht mehr alkoholisiert waren – ausgeschlossen, daß sie dennoch z. B. wegen Übermüdung fluguntauglich bzw. nur bedingt flugtauglich waren?
35. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Welche Vorsorge wird bei der Luftwaffe betrieben, um zu gewährleisten, daß nur in einwandfreier körperlicher Verfassung befindliche Besatzungen am Morgen in ihre Flugzeuge steigen?

36. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- In welchem Umfang setzt die Bundesluftwaffe Simulatoren zur Ausbildung von Strahlflugzeugführern ein, und plant sie, durch den Ankauf neuer oder durch die Modernisierung älterer Geräte die Einsatzmöglichkeiten von Simulatoren zu erweitern?
37. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Besteht die Möglichkeit, im Hinblick auf eine Verminderung der Belästigungen durch Fluglärm und auf eine Senkung der Kosten, Trainingsstunden in den durch die Entwicklung der Technologie immer wirklichkeitsnäher einsetzbaren Simulatoren auf die geforderte Mindestflugstundenzahl pro Pilot anzurechnen?
38. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Ist der Bundesminister der Verteidigung bereit, die Belastungen der Bürger der Bundesrepublik Deutschland durch Verlagerung von Tiefflugstrecken ins Ausland zu vermindern, und wenn ja, wird in diesem Zusammenhang mit der türkischen Regierung verhandelt?
39. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Um welche Forschungsergebnisse im Wert von mehreren Hundert Millionen Dollar (FAZ vom 27. September d.J.) handelt es sich im einzelnen, die Vertreter der deutschen Industrie als Mitglieder der deutschen Regierungskommission von ihrem Besuch in den Vereinigten Staaten von Amerika zum Thema SDI mitgebracht haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

40. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Welche Beweggründe hatte die Bundesregierung, angesichts der Überschußlage in der Europäischen Gemeinschaft an Tafelwein in Brüssel, eine Ausnahmeregelung für die innergemeinschaftliche Herstellung von Schaumwein aus Drittlandsgrundweinen, die im Grundsatz nicht erlaubt ist, zu erwirken?
41. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Warum wurde eine Sonderregelung für 120 000 Hektoliter veranlaßt, obwohl laut Importstatistik jährlich nur ca. 2 000 Hektoliter Schaumweingrundweine und 25 000 Hektoliter Schaumweine in Flaschen aus Drittländern importiert wurden?
42. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Kommunen angesichts extrem steigender Kosten für pflegebedürftige Menschen zu helfen, und wie erklärt sie den Anstieg von ca. 7,4 Millionen DM auf rund 16 Millionen DM (1980 bis 1984) im Falle der Stadt Ludwigshafen?
43. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Welchen Anteil (prozentual und absolut) haben die Ausgaben der Arbeitslosigkeit auf die Sozialhilfeausgaben der Kommunen, und wie steht die Bundesregierung dazu?

44. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Auseinandersetzungen innerhalb der Bhagwan-Sekte, insbesondere im Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Konsequenzen in der Bundesrepublik Deutschland bei einem eventuellen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Wirtschaftsunternehmen der Sekte, und erwägt die Bundesregierung, gegebenenfalls mit geeigneten Mitteln einzugreifen?
45. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Hinweise, ob sich bisherige Mitglieder der Sektenführung, die sich nach Europa abgesetzt haben, auch in der Bundesrepublik Deutschland befinden, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, falls der Sektenführer seine Ankündigung wahr macht, das Zentrum der Bhagwan-Sekte in die Bundesrepublik Deutschland zu verlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

46. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der GRÜNEN, daß der Luftverkehr im Düsseldorfer Luftraum durch den dort laufenden Feldversuch zur zivil-militärischen Flugsicherung („Sobernheimer Konzept“) unsicherer geworden ist?
47. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es in dem von der Düsseldorfer Regionalstelle für Flugsicherung kontrollierten Luftraum im Zeitraum Mitte Juni/Mitte Juli 1985 zu mindestens 101 Vorkommnissen gekommen ist, Vorkommnissen, die von der militärischen und zivilen Seite gemeldet wurden und unstreitig auf das „Sobernheimer Konzept“ zurückzuführen sind?
48. Abgeordneter
Werner
(Westerland)
(DIE GRÜNEN)
- Welchen Sinn sieht die Bundesregierung in dem „Sobernheimer Konzept“, wenn die beiden Grundforderungen – Sicherheit und Wirtschaftlichkeit – damit nicht erfüllt werden können?
49. Abgeordneter
Werner
(Westerland)
(DIE GRÜNEN)
- Für welchen Zeitraum hat die Bundesregierung den Feldversuch in Düsseldorf zum „Sobernheimer Konzept“ angesetzt?
50. Abgeordneter
Lange
(DIE GRÜNEN)
- Wie grenzt die Bundesregierung organisatorisch die Sicherheitsbedürfnisse der zivilen und militärischen Teilnehmer an der Luftfahrt gegeneinander ab, und wie gedenkt sie weiter zu verfahren, wenn das „Sobernheimer Konzept“ gescheitert ist?
51. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß der Vizepräsident des Bundesamtes für Flugsicherung aus Sicherheitsgründen die

- Dienststellenleitung in Düsseldorf per Telex angewiesen hat, entgegen der Arbeitsgrundlage des Feldversuchs zur sektorbezogenen Koordination zurückzugehen?
52. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung organisatorische Vorkehrungen getroffen, um die durch den Feldversuch auf die Fluglotsen hinzugekommenen hohen Belastungen im Interesse der Flugsicherheit in Düsseldorf zu vermeiden?
53. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung Untersuchungen von Meteorologen bekannt, die eine nennenswerte Erhöhung des Bewölkungsgrades über Teilen Europas durch den Luftverkehr (Kondensationsstreifen) festgestellt haben, und welche nachteiligen klimatischen Folgen ergeben sich daraus?
54. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, daraus praktische Folgerungen für die Durchführung des Luftverkehrs (z. B. Änderung der Flughöhen in Anlehnung an den Luftdruck) zu ziehen und die negativen Folgen intensiver als bisher zu untersuchen?
55. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Welche rechtlichen Verpflichtungen bestehen für die Deutsche Bundesbahn zur Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen bei einem ins Auge gefaßten Ausbau der DB-Trasse Karlsruhe–Basel in den Orten Durmersheim, Bietigheim und Ötigheim, und wie ist der Schallschutz für diese Orte technisch möglich?
56. Abgeordneter
Zeitler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn auf Gleisanlagen, besonders bei Dammlage, Herbizide zur Unkrautbekämpfung einsetzt und daß dies zu Baumsterben bzw. zu Beeinträchtigungen der Pflanzen und Sträucher in angrenzenden Privatgärten führt?
57. Abgeordneter
Zeitler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn zu veranlassen, auf den Einsatz von Herbiziden, wie z. B. Anox-M, ganz zu verzichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

58. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Oberpostdirektion Hamburg, daß eine Zeitung, deren Druckvorlage nicht im üblichen Zeitungsdruck, sondern mit Schreibmaschine angefertigt ist, nicht zu den postzeitungsversandberechtigten Sendungen gehört, und hält es die Bundesre-

- gierung für richtig, daß die Oberpostdirektion Hamburg eine derartige Frage – entgegen vorinstanzlichen Urteilen – bis in die höchsten Instanzen zu treiben gedenkt?
59. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ertragslage im Dienstzweig „übrige Fernmeldedienste“ der Deutschen Bundespost seit 1982 entwickelt, und welches Ergebnis erwartet die Bundesregierung in diesem Dienstzweig für das laufende Rechnungsjahr?
60. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Ist die Annahme richtig, daß in diesem Dienstzweig auch das Kabel- und Satellitenfernsehen enthalten sind, und welche Leistungen und Kosten wurden für diese Dienste in den Rechnungsjahren seit 1982 ausgewiesen?
61. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Gibt es neuerdings Anweisungen seitens der Bundesregierung an die Deutsche Bundespost, Briefe mit Aufschriften wie „Ostermarsch gegen Atomraketen“ und dem Abbild einer Friedens-Taube nicht mehr zu befördern, oder wie ist es sonst zu erklären, daß sich die Bundespostdirektion in Mainz plötzlich weigert, die seit etwa drei Jahren mit der gleichen Aufschrift versehenen und bisher beförderten Briefe auch weiterhin zu befördern?
62. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in wie vielen Fällen die Deutsche Bundespost seit Anfang 1983 die Beförderung von Briefen mit Aufschriften verweigert hat, und um welche Absender es sich jeweils gehandelt hat?
63. Abgeordnete
Frau Dann
(DIE GRÜNEN)
- Warum soll der Bürger nach dem Entwurf für die 28. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung nicht in allen Bundesländern die Möglichkeit erhalten, zu wählen, ob er neben den ortsmöglichen Programmen auch die herangeführten Programme abnehmen will?
64. Abgeordnete
Frau Dann
(DIE GRÜNEN)
- Liegt es in der Absicht der Bundesregierung, die Akzeptanz für die herangeführten privaten Programme dadurch zu erhöhen, daß nach dem Entwurf für die 28. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung die Kosten für den Einbau der Filter ausschließlich den Rundfunkteilnehmern auferlegt werden sollen, die nur die Grundleistung beziehen wollen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

65. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Wie groß ist derzeit der Wohnungsbestand der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, und wieviel Wohnungseinheiten davon wurden in 1984 erstellt?

66. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Welche Schlußfolgerung zieht die Bundesregierung aus der Feststellung von Bundesminister Dr. Schneider, daß der „Markt sozial blind“ sei einerseits und aus der Feststellung von Bundesminister Dr. Schneider „der Markt sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit als jede Verteilungsbürokratie“ andererseits?
67. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wieviel Prozent der Haushalte mit einem Einkommen innerhalb der entsprechenden Einkommensgrenzen, die Wohneigentum im Neubau erworben haben, sind 1975 und 1985 in den Genuß einer direkten Förderung aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

68. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den personalpolitischen Sachverhalt, daß es im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft seit August 1984 nur noch eine einzige Referatsleiterin gibt?
69. Abgeordnete
Frau Odendahl
(SPD)
- Hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft das Schreiben der Leiterin des Arbeitsstabes Frauenpolitik vom 13. Februar 1985 berücksichtigt, die u. a. gebeten hatte zu überprüfen, inwieweit Frauen „bei der Übertragung qualifizierter Dienstposten stärker als bisher berücksichtigt werden können“, und wenn ja, auf welche Weise?
70. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Ist die Besetzung dieser seit August 1984 vakanten Leitungsposition im neustrukturierten Referat „Frauen, Lehrpersonal, Ausländer“ mit einem „langjährig erfahrenen Beamten“ vereinbar mit der im Entwurf einer Leitlinie zur beruflichen Förderung von Frauen im Bundesdienst enthaltenen Zielsetzung, Frauen zu bestärken, sich um Leitungsfunktionen und -positionen zu bewerben, und lag der ebenfalls von der Leiterin des Arbeitsstabes Frauenpolitik am 13. Dezember 1984 übersandte Entwurf der Entscheidung zugrunde?
71. Abgeordnete
Frau Dr. Segall
(FDP)
- Wie hoch ist der Anteil von Analphabeten in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland einzuschätzen, und welche Fördermaßnahmen zur Alphabetisierung erwachsener Menschen (Deutsche und hier lebende Ausländer) werden über die Europäische Gemeinschaft, den Bund und die Länder angeregt und finanziert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

72. Abgeordneter
Duве
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger (vgl. DAS PARLAMENT, Nr. 38/21. September 1985),

- der unter Berufung auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Volkszählung dafür eintritt, daß der Persönlichkeitsschutz für Politiker und Verwaltung gegenüber dem Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit verstärkt wird?
73. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Handelt der Parlamentarische Staatssekretär im Einvernehmen mit der Bundesregierung, wenn er in seinem Artikel neue Gremien der freiwilligen Selbstkontrolle unter Ausschluß der Journalistenverbände und gegebenenfalls gesetzliche Initiativen zur Verstärkung des Persönlichkeitsschutzes von Politikern und Behörden fordert?
74. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in der Kreisverwaltung Ahrweiler, Portraits ehemaliger NS-Amtsträger, die zugleich auch hohe NSDAP-Funktionäre waren, aufgehängt wurden, im Hinblick auf die Versöhnung sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands, und sieht die Bundesregierung in solchen Beispielen nicht eine Brückierung der Opfer und Verfolgten des Nazi-Regimes?
75. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die gemeinsame Tournee von Angehörigen der 6. SS-Gebirgsdivision „Nord“, die im Kriegsverlauf aus ehemaligen „Totenkopfstandarten“ gebildet wurde, einerseits und Veteranen der 70. US-Infantry Division Association „Trailblazer“ andererseits, zu Orten früherer Kampfhandlungen in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, wie beispielsweise am 5. Oktober 1985 in Pfaffenheck, wo als Höhepunkt zum Abschluß der Tournee eine Kranzniederlegung stattfinden soll?
76. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Wie hat sich die Zahl der Asylbewerber im Bundesgebiet seit 1970 entwickelt, welches waren insbesondere die Hauptherkunftsländer?
77. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Wie viele Asylbewerber wurden seit 1970 im Bundesgebiet als politisch Verfolgte anerkannt, und wie hat sich die Anerkennungsquote bei den Hauptherkunftsländern entwickelt?
78. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von dem Liefergeschäft einer Hanauer Nuklearfirma mit einer Tochterfirma der französischen Atombehörde CEA, COGEMA, das die Lieferung von Reaktorplutonium zum Inhalt hat, und trifft es zu, daß das Hanauer Unternehmen dafür rund 450 Millionen DM an die COGEMA zu zahlen hat?
79. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Sind derartige Plutoniumgeschäfte genehmigungspflichtig, gegebenenfalls durch wen, und ist die Bundesregierung bereit, für eine parlamentarische Nachprüfung des genannten Vorganges Unterlagen zur Verfügung zu stellen?

80. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in der gemeinsamen Tournee von Angehörigen des Traditionsverbandes der ehemaligen 6. SS-Gebirgsdivision „Nord“ einerseits und Veteranen der 70. US-Infantry Division Association „Trailblazer“ andererseits zu Orten früherer Kampfhandlungen im Zweiten Weltkrieg möglicherweise eine nicht gewollte Nachahmung des Bitburg-Treffens mit US-Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl?
81. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß nicht nur jüdische Organisationen und Persönlichkeiten, wie beispielsweise Simon Wiesenthal, gegen diese Treffen protestieren, sondern auch die Zeitung für die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland „The Stars and Stripes“ diese Begegnungen kritisch kommentiert?
82. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(SPD)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung im Hinblick auf die personelle Zusammensetzung der 6. SS-Gebirgsdivision „Nord“, und wie beurteilt die Bundesregierung den möglichen Umstand, daß der Kommandeur der 6. SS-Gebirgsdivision „Nord“, SS-Obergruppenführer Friedrich Wilhelm Krüger, zuvor als höherer SS- und Polizeiführer des Generalgouvernements mit dem Plan der Aussiedlung von 300 000 Polen und Juden aus dem Warthegau, später aus dem gesamten besetzten polnischen Gebiet, sowie mit dem Zwangsarbeitseinsatz der Juden im Osten befaßt war?
83. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(SPD)
- Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß die gemeinsame Tournee von Angehörigen der 6. SS-Gebirgsdivision „Nord“ und Veteranen der 70. US-Infantry Division Association „Trailblazer“ durch die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die geplante gemeinsame Kranzniederlegung in Pfaffenheck am 5. Oktober 1985 belastend für die deutsch-amerikanische Freundschaft ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

84. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Welchen Steuerausfall hat die Befreiung der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, insbesondere von der Körperschaft-, Vermögen- und Gewerbesteuer, jährlich verursacht?
85. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Wie viele noch nicht zum Zuge gekommene Anträge auf Transferzahlungen im Rahmen der Sperrguthabenvereinbarung zur Regelung des nichtkommerziellen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs mit der DDR liegen vor, und wie lange wird es – unter Berücksichtigung der beabsichtigten Aufstockung des Einschusses der

DDR auf jährlich 70 Millionen DM ab 1986 – voraussichtlich dauern, bis neue Transferaufträge angenommen und bedient werden können?

86. Abgeordnete
**Frau
Dr. Segall**
(FDP)

Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, nach denen das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen entgegen den Vorstellungen der Krankenversicherer die Möglichkeit der Überversicherung für den Pflegefall zugelassen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

87. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)

Welche Gegenmaßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, wenn die Vorstellungen des EG-Kommissionspräsidenten, Jacques Delors, die Subventionen in der EG-Stahlindustrie über das Ende des Jahres 1985 hinaus zu gewähren, Wirklichkeit werden, um die deutsche Stahlindustrie vor weiterem Schaden zu schützen?

88. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)

Ist die Bundesregierung in einem solchen Falle bereit, der deutschen Stahlindustrie weitere Hilfen zukommen zu lassen?

89. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)

Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung angesichts der jetzt bekanntgewordenen Tatsache, daß die EG-Kommission vorschlägt, Stahlbeihilfen unter bestimmten Bedingungen auch über das Jahr 1985 hinaus zuzulassen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die drastischen Umstrukturierungsoffer der deutschen Stahlindustrie im Falle einer Subventionsweitergewährung umsonst gewesen wären?

90. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das System der „Orientierungspreise“, die das bisherige Mindestpreissystem außer Kraft setzen sollen, und welche Auswirkungen hat es auf die Situation der deutschen Stahlindustrie?

91. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die neuesten Pläne und Vorhaben der Ford AG Köln bekannt, wonach die Produktionen in Köln und Wülfrath jetzt endgültig ins europäische Ausland verlagert werden sollen, und verfügt die Bundesregierung über weitere Erkenntnisse zu dieser Problematik, die sich nach der Behandlung dieses Themas in der Fragestunde des Deutschen Bundestages (129. Sitzung vom 28. März 1985, Fragen 58 und 59) inzwischen ergeben haben?

92. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Falle von Betriebsstillegungen bei der Ford AG in Köln und Wülfrath entsprechende Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, um die auf die betroffenen Arbeitnehmer zukommenden Nachteile (Arbeitslosigkeit, Umschulungsprobleme etc.) zu verhindern?
93. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- In welcher Weise sind Angehörige der deutschen Botschaft in Kuala Lumpur Personen oder Unternehmen im Zusammenhang mit der „Asian defence exhibition – Defence '86“-Messe behilflich gewesen?
94. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Ist die Bundesregierung zum gegebenen Zeitpunkt bereit, für Staaten der ASEAN-Organisation Kriegswaffenexporte zu genehmigen, weil nach Auffassung der Bundesregierung „vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine Ausnahmegenehmigung sprechen“ (Richtlinien der Bundesregierung vom 28. April 1982)?
95. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland haben sich mit welchen Produkten an der „Asian defence exhibition - Defence '86“ in Kuala Lumpur beteiligt?
96. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Für welche Gegenstände sind – gegebenenfalls vorübergehend – Ausfuhrgenehmigungen nach dem Kriegswaffenkontroll- oder Außenwirtschaftsgesetz im Zusammenhang mit dieser Messe erteilt worden?
97. Abgeordneter
Vogel (München)
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung die britische Wirtschaftsstudie mit dem Titel „An International Analysis of Arms Spending and Infant Death Rates“ und deren Inhalt bzw. Ergebnis bekannt, und falls ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus hinsichtlich zukünftiger Genehmigungen für Waffenexporte aus der Bundesrepublik Deutschland zu ziehen?
98. Abgeordneter
Vogel (München)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung auf Grund der in der genannten Studie nachgewiesenen Tatsache, wonach entsprechend der jeweiligen Zunahme der finanziellen Aufwendungen für militärische Zwecke auch die Kindersterblichkeit zunimmt, bereit, zukünftig Rüstungsexporte zu reduzieren oder ganz einzustellen und damit den begründeten Vorwurf zu entkräften, durch Rüstungsgeschäfte an der weltweiten Zunahme der Kindersterblichkeit mitschuldig zu sein?
99. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Hält die Bundesregierung nach den bisherigen Erfahrungen mit Selbstbeschränkungsvereinbarungen der maßgeblichen Verbände mit dem Bundeskartellamt Änderungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und des Kartellrechts zur Eindämmung des Verdrängungswettbewerbs im Handel durch Verkäufe unter dem

Einstandspreis und andere Verdrängungsmethoden für erforderlich, oder sieht die Bundesregierung weitere Möglichkeiten, durch welche der Verdrängungswettbewerb mit Hilfe zusätzlicher Selbstbeschränkungsabreden unter Kontrolle gebracht werden kann?

100. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)

Welche einschlägigen Forderungen wichtiger wirtschaftlicher Mittelstandsverbände (z. B. Forderungskatalog des deutschen Handwerks) zu Beginn der 10. Legislaturperiode wurden seitens der Bundesregierung bis zum jetzigen Zeitpunkt erfüllt bzw. auf den Gesetzesweg gebracht?

101. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)

Welche Mittelstandsforderungen will die Bundesregierung noch vor dem Ende der laufenden Legislaturperiode erfüllen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

102. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Preise für Jungbullen seit Juni 1985 katastrophal zusammengebrochen sind, obgleich die Rindfleischmarktordnung der Europäischen Gemeinschaft solches eigentlich verhindern soll?

103. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Welche zusätzlichen Maßnahmen wird die Bundesregierung einsetzen, um den Weideabtrieb von Ochsen und Bullen so absichernd zu begleiten, daß die Rindermäster und Milcherzeuger keine untragbaren Verluste erleiden?

104. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Treffen Informationen aus Kreisen der bayerischen Staatsregierung zu, daß der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission deren Bestrebungen unterstützt, die regionale Förderung für Betriebe der Zuckerverarbeitung und Molkereien einzustellen, und sieht der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nicht, daß dadurch die landwirtschaftliche Verarbeitung im ländlichen Raum unvertretbar in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt würde?

Bonn, den 27. September 1985

